



HESSISCHER LANDTAG

28. 04. 2026

WKA

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Demokratieforschung in Hessen effektiv stärken

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag zeigt sich besorgt, dass die liberale Demokratie in Deutschland, Europa und weltweit massiv unter Druck steht. Die Zunahme antisemitischer, rassistischer und rechts-extremistischer Positionen und Straftaten sowie der wachsende Wahlerfolg demokratie- und verfassungsfeindlicher, rechtsextremistischer Parteien stellen eine massive Bedrohung von innen dar, die durch eine wachsende äußere, imperialistische Bedrohung und Einflussnahme durch autokratische Regime zusätzlich verstärkt wird.
2. Der Landtag betont, dass gute (politische) Bildung sowie freie Wissenschaft und Forschung von zentraler Bedeutung sind, um demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Ideologien und Bestrebungen entgegenzutreten. Insofern sind die Bemühungen der Landesregierung, die Demokratieforschung in Hessen mit einem eigenen Programm als Schwerpunkt des Ministeriums in dieser Legislaturperiode zu stärken, grundsätzlich positiv zu sehen. Umso mehr wirft es Fragen auf, dass die Mittel aus dem Programm nicht gut abfließen und das Programm mit niedrigen Antragszahlen nur auf begrenztes Interesse bei den Antragsberechtigten stößt. Weiter ist die Nachhaltigkeit des Mitteleinsatzes fraglich, wenn einmalige Ausschreibungen oder die Förderung von Forschungsverbänden ohne Anschlussperspektive erfolgen. Nicht zuletzt stellt sich die Frage, welchen Mehrwert ein solches Programm leisten kann, wenn zeitgleich durch die Kürzungen beim Hochschulpakt wichtige Forschung auch im Bereich Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt wegfällt.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit den hessischen Hochschulen eine erste Zwischenbilanz zum Programm Demokratieforschung zu ziehen und dieses gemeinsam mit den Hochschulen weiterzuentwickeln. Dabei ist zum einen zu prüfen, ob die Vielzahl der Förderlinien ein sinnvoller Mitteleinsatz darstellt. Zum anderen ist zu prüfen, ob die Schwerpunkte der zukünftigen Ausschreibungen richtig gesetzt sind. Beispielsweise ist nicht nachvollziehbar, dass der Promotionspreis, auf den es das letzte Mal nur zwei Bewerbungen gab, erneut ausgeschrieben werden soll, aber keine neuen Ausschreibungen in der Antisemitismusforschung vorgesehen sind. Es ist im Sinne einer schlanken Bürokratie außerdem zu prüfen, inwieweit die Doppelstruktur von LOEWE und dem Förderprogramm „Stärkung der Demokratieforschung Hessen“ auf Dauer sinnvoll ist.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung darüber hinaus auf, gemeinsam mit der Wissenschaft für das Programm der Demokratieforschung Qualitätsstandards für die Projektauswahl ähnlich der LOEWE-Förderung festzulegen. Insbesondere die Förderung von Forschungsvorhaben braucht Förderrichtlinien, die Qualitätsrichtlinien verbindlich festlegen. Ein transparenter Prozess der Begutachtung und Einbindung von Expertinnen und Experten ist ein internationaler wissenschaftlicher Standard, der bei einer Forschungsförderung aus einem Wissenschaftsministerium eingehalten werden sollte. Ebenso braucht es transparente Vorgaben für einen Programmbeirat.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 28. April 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taurus)